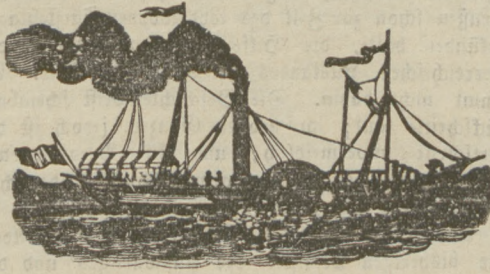


Danziger Dampfboot.

N^o. 298.

Sonnabend, den 19. December.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillengasse Nr. 5, wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hefzige auch pro Monat 10 Sgr.



1868.

39ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr. Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Kettemeyer's Centr.-Ztg.- u. Annonc.-Bureau. In Leipzig: Eugen Fort. H. Engler's Annonc.-Bureau. In Breslau: Louis Stangen's Annonc.-Bureau. In Hamburg, Frankfurt a. M., Berlin, Leipzig, Wien u. Basel: Haafenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Wien, Freitag 18. December.

Das Wiener Correspondenz-Bureau meldet aus Corfu vom 16. folgendes Gerücht: Das Ministerium habe beschlossen, die Reserven einzuberufen, einen Theil der Nationalgarde zu mobilisiren, auch das Studenten-Bataillon, zehn Bataillone Griechen, welche türkische Unterthanen sind, und die Philhellenen-Region zu bilden.

In der heutigen Sitzung des Herrenhauses brachte der Justizminister einen Gesetzentwurf ein, betreffend die Haftbarkeit der Eisenbahnunternehmer für die durch Unglücksfälle auf den Eisenbahnen herbeigeführten Tödtungen oder körperlichen Verletzungen.

Pesth, Donnerstag 17. December.

Der König (Kaiser) ist gestern von hier abgereist. — Im Januar wird hier ein Congress zur Wahrung der Autonomie der katholischen Kirche zusammentreten.

Florenz, Donnerstag 17. December.

Mehrere Stadtbehörden Siciliens haben Deputationen nach Palermo entsandt, um das kronprinzliche Paar zu begrüßen.

Menabrea nahm heute eine Petition der römischen Emigranten entgegen, in welcher dieselben die Verwendung der Regierung für die in Rom zum Tode Verurtheilten, Ajani und Lazzi, erbitten. Menabrea sagte, die Regierung würde jede mögliche Anstrengung machen, um eine Milde rung des Urtheils herbeizuführen. — Als die Angelegenheit heute auch im Senate zur Sprache kam, erklärte Menabrea, die Regierung werde bei ihren Bemühungen, das Leben Ajani's und Lazzi's zu erhalten, die stärksten Einflüsse geltend machen.

Paris, Freitag 18. December.

Das kaiserliche Paar ist gestern Abend hier eingetroffen. Moustier's Zustand bessert sich etwas. — Die „Patrie“ schreibt: Die Uebereinstimmung der Mächte gegenüber dem griechisch-türkischen Konflikt dauert fort; die Diplomatie ist bereit, jeden Umstand, welcher eine Versöhnung herbeiführen kann, zu benutzen. Es ist kein Grund zur Besorgniß, daß der Friede in Europa durch die Vorgänge, deren Schauplatz sich auf den Orient beschränkt wird, gefährdet werde.

Der „Morgenmoniteur“ schreibt: Trotz der Mahnungen zur Mäßigung und Beschwichtigung seitens der Großmächte, hat die Suspendirung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland nicht vermieden werden können. Die letzten Telegramme melden, daß die Vertreter beider Länder die Pässe erhielten und die Vorkehrungen zur Abreise trafen. So bedauerlich der Bruch sein mag, ist doch Grund zu hoffen, daß die gemeinsame Action und die übereinstimmende Anschauung der Vertragsmächte von 1856 den Erfolg haben werde, die Konsequenzen des Bruches zu mildern und auf bestimmte Grenzen einzuschränken.

„France“ und „Patrie“ sagen, daß die griechische Regierung eine schwere Verantwortlichkeit auf sich genommen habe; die Türkei sei bedroht und über offenbar nur das Recht geschmähter Vertheidigung, nichts destoweniger sei ihr große Mäßigung anzurathen, damit sie den Conflict nicht erschwere. Alle Regierungsblätter sagen, daß die Großmächte ihre Bemühungen verdoppeln werden, um einen Ausgleich herbeizuführen, und es sei daher nicht zu befürchten, daß der allgemeine Friede gefährdet werde.

London, Freitag 18. December.

Die Mehrzahl der Morgenblätter verurtheilen die Haltung Griechenlands, hoffen auf schließliche Nachgiebigkeit durch den Zwang der Großmächte und widerathen eine Einmischung zu Gunsten Griechenlands.

Petersburg, Freitag 18. December.

Der russischen Telegraphen-Agentur wird aus Konstantinopel unterm 15. gemeldet: Der Abbruch des diplomatischen und commerciellen Verkehrs, sowie die Beschlagnahme der in den türkischen Häfen befindlichen griechischen Schiffe erfolgt nach dem Ablaufe des gesetzten Termins. Ob die Feindseligkeiten werden eröffnet werden, ist noch zweifelhaft. — Daud-Pascha hat eine Reise nach Europa angetreten, wie es heißt, zu dem Zwecke, eine Compagnie von Unternehmern zur Anlage von Eisenbahnen in der Türkei anzuregen.

Politische Rundschau.

In der gestrigen Sitzung des Herrenhauses fand die Schlußberatung des Antrags von Guérard (Redefreiheit) statt. Hausmann spricht unter Kritik des betreffenden Obertribunalbeschlusses dafür. Für den Antrag sprechen ferner Zacharias, Hasselbach und Sydow, dagegen Kleiß, Uhlen, Below und Walbow. Der Justiz-Minister bedauert die Kritik des Obertribunal-Beschlusses, wodurch die Ehre des obersten Gerichtshofes verdächtigt werde. Jede Deutung des Artikels 84 habe bona fides für sich und das Urtheil über das Ober-Tribunal wäre sicher minder heftig, wenn ein Mitglied der Staats-Regierung oder dieses Hauses dabei getroffen wäre. Der Antrag Guérard's wird schließlich mit 72 gegen 41 Stimmen verworfen und damit der Regierung ein sehr decisives Mißtrauensvotum gegeben. Ohne die Bismarck'sche Rede, welche die Debatte darüber einleitete, wäre die Majorität schwerlich eine so kolossale geworden. Konnte denn, wenn man ehrlich sein will, das Herrenhaus anders votiren als es votirt hat? Es brachte, von dem Ministerpräsidenten dazu aufgefordert, den Twesfen'schen Prozeß in Gang und jetzt soll es, weil der Ministerpräsident den Streit um die Redefreiheit nicht wahr haben will, streng entgegengefeßt votiren. Was einem einzelnen Individuum unmöglich ist, ist einem großen politischen Körper erst recht unmöglich. Das Herrenhaus hat Farbe bekant, und das gereicht ihm unter allen Umständen zur Ehre, wenn auch Niemand, der ihm dies Lob zollt, im Stande sein wird, sich die Motive anzueignen, die für die Majorität bei ihrem Beschluß maßgebend gewesen sind. Sie will ausgesprochener Maßen Beibehaltung des Artikel 84 der Verfassung, damit auch instinktive jeder oppositionelle Redner vom Staatsanwalt verfolgt werden kann. Nun, es sieht ein zweiter Beschluß des Obertribunals, der dem gegen Twesfen ausgefallenen ähnlich wäre, nicht zu erwarten, denn der Artikel 84 ist eben ganz klar und uninterpretierbar, was wir nach wie vor behaupten und wovon auch das Obertribunal stets ausgegangen ist. Der Twesfen'sche Fall bleibt aus bekannten Gründen ein Unikum. Wir haben nun wieder den Artikel 84 unverändert, und er reicht vollkommen aus. Dies ist denen gegenüber zu bemerken, die ihn gestern gerettet haben, und ebenso denen gegenüber, die ihn deklariren und späterhin abändern wollten. Es ist sehr Seltsames gewesen, was wir im Herrenhause zu hören bekamen, Reden so voller Gluth gegen das andere Haus, gegen die Regierung, gegen Bismarck und seine Collegen allesammt, natürlich auch gegen die Verderbniß der Zeit und ihre Gottlosigkeit! Zur Sache selbst wurde gar nicht gesprochen. —

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sprachen bei der Verathung des Etats der Eisenbahn-Verwaltung nach einer einleitenden Bemerkung des Reg.-Kommissars sich Benda, Sybel, Becker und Hammacher tadelnd über die Eisenbahnpolitik aus; letzterer weist zugleich auf das ungedeckt gebliebene letzte preussische Anlehen hin. Der Finanzminister bestreitet, daß die preussische Finanz-Verwaltung hierbei eine Niederlage erlitten, da die Anleihe völlig gedeckt worden. Die Finanz-Verwaltung sei nicht in der Lage bedauert zu werden. Der Handelsminister führt aus, daß die Staatsgarantien nur bei den Pommerschen Bahnen Verluste herbeigeführt haben. Das gemischte System der Staats- und Privatbahnen sei jetzt schwer aufzugeben. Der Minister erklärt sich ferner gegen die Zinsgarantien, doch seien dieselben zuweilen durchaus nothwendig. Die allgemein herrschende Geldnoth sei durch den Börsenschwindel mit ausländischen Papieren veranlaßt. Ob man dem Andränge desselben vielleicht durch Stempelsteuer entgegenzutreten soll, überlasse ich Ihrer Erwägung. Man hat mir den Vertrag mit der Görlitzer Bahn vorgeworfen, ich hatte es in der Hand, diese Bahn tod zu machen, doch hielt ich das für unanständig. General-Entreprisen habe auch ich herzlich hassen gelernt. Der Antrag der Kommissare, bei der Staatsausstellung jährlich die Eisenbahn-Einnahmen anzugeben, wird angenommen. — Twesfen wünscht künftig die Vorlegung der Eisenbahnverträge, wie bei der Main-Weserbahn mit Hessen, Lasker erinnert an den Beschluß, betreffend die Vorlegung des Vertrags der Cöln-Mindener Bahn, und will diesen Protest gegen die Nichtvorlegung gelegentlich erneuern. Die übrigen Etatpositionen werden genehmigt. Es folgt die Verathung über den Etat der direkten und indirekten Steuern. — Bei der Diskussion über die indirekten Steuern erklärt Lampugnani Namens der Kommission, daß dieselbe auf Anträge wegen des Deficits verzichte. Sybel empfiehlt folgenden Antrag: „Der Staatsregierung zu empfehlen, bei der Deckung der Staatsbedürfnisse vorzugsweise auf die verstärkten Einnahmen aus den Finanzzöllen im Reformwege des zur Kompetenz des Zollparlaments und des Zollbundesraths gehörenden indirekten Steuersystems hinzuweisen. Lasker ist gegen den Antrag; derselbe sei keineswegs identisch mit dem früher von ihm gestellten Antrag. Derselbe wird bei namentlicher Abstimmung mit 158 gegen 150 Stimmen abgelehnt. Heute Fortsetzung. —

Unter den jüngsten Vorlagen, welche dem Bundesrath von Seiten des Bundeskanzlers zugegangen sind, befindet sich auch eine, welche sich auf die Erfindungspatente bezieht. Die preussische Regierung hat sich für vollständige Beseitigung des Patentschutzes ausgesprochen. —

Die Nationalliberalen haben den Beschluß gefaßt, daß die Beschlüsse der Fraktion für alle Fraktions-Mitglieder bindend seien, sobald diese Beschränkung laut besonderem Beschluß eintreten sollte. Wer sich dem Beschluß nicht fügt, muß auscheiden. —

Der Kronprinz wird Ende December, die Kronprinzessin Anfangs Januar nach Berlin zurückkehren. —

Daß die Reise des Grafen Bismarck nach Dresden irgend wie mit österreichischen Interessen zusammenhänge, wenigstens daß dies von österreichischen Blättern behauptet werden würde, war bei den heutigen Tonangebern in Oesterreich ganz selbstverständlich, und wir wunderten uns nur, daß das Wiener Preßbureau so lange den eigentlichen Grund der Reise der har-

enden Welt vorenthielt. Jetzt aber ist's heraus. König Johann hat in jüngster Zeit einen eigenhändigen Brief an den Bundeskanzler geschrieben, in welchem er versichert, er stehe in vollster, rückhaltlosester Treue zum norddeutschen Bunde und bringe demselben jedes Opfer, sei auch willig entschlossen, jede demüthigende Zumuthung des Auslandes zurückzuweisen. Allein er sei ebenso durchdrungen davon, daß Norddeutschland sich diesen Frieden nur sichern werde, wenn es mit Oesterreich ein bundesfreundliches Verhältnis herstelle, und darauf hinarbeiten beschwört der König den Bundeskanzler. — Daß dieser Brief nicht vom König Johann, sondern von einem Wiener Conjurirten geschrieben ist, braucht wohl nicht näher bewiesen zu werden. —

Trotz der Schläge kommen unsere deutschen Brüder im Süden immer wieder auf ihre alten particularistischen Thorheiten zurück.

Eine sogenannte Mittelpartei hat neuerdings nun auch in Baiern abermals ein Programm aufgestellt. Was ist der Kern? Sie wollen keine Staatspflichten für das Ganze. Sie möchten ihr bisheriges vereinzeltes, kleinstaatliches Schmarozzleben auf Kosten des arbeitenden preussischen Volkes so weiter führen. Daß sie hierbei das ihnen mangelnde nationale Staatsbewußtsein mit viel Phrasen von Liberalismus bemanteln, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Sachlich besser ist da unten bekanntlich nichts.

Unter „Freiheit“ nämlich versteht ihr beschränkter Blick bei Tage den gemüthlichen Schlandrian in der Verwaltung und Abends beim Schoppen, in Gegenwart des Herrn Amtsrichters, tüchtig raisonniren zu können.

Daß hierunter das allgemeine Staatswohl leidet, davon geben sie ja selbst das sprechende Beispiel. Der Süden will sich durchaus nicht die für das allgemeine Staatswohl unbedingt nothwendigen Eigenschaften aneignen.

Eine politische Verkommenheit kann sich deshalb nicht besser kennzeichnen, als durch ihre Scheu vor aller zweckentsprechenden staatlichen Einrichtung, welche die einzelnen Glieder für das Ganze zusammenhält; — als durch ihre Störrigkeit, mit welcher sie sich jeder staatlichen ordnenden Zucht entzieht.

Organisation und Disziplin waren die beiden Mittel, die Brandenburg-Preußen seit dem großen Kurfürsten von damals 1472 Quadratmeilen bis heute zum norddeutschen Bund erhob.

Bei uns hat ein jegliches Glied des Ganzen seinen angewiesenen Platz und ein jegliches Glied kennt seinen Wirkungsbereich; indem es für sich arbeitet, arbeitet es für Alle. Hiervon besitzt der Süden kein Verständniß.

Bei der höchst zweideutigen Haltung des Südens ist das große Vaterland wohl berechtigt, sichere Bürgschaften für die gewissenhafte Erfüllung der Schutz- und Trutzbündnisse zu verlangen.

Da kommen sie nun zusammen, die Ultramontanen und die Radikalen, und halten lange Reden in den Abgeordnetenhäusern ihrer Staaten. Sie bilden sich ein, den Particularismus aufrecht erhalten und dem geschichtlichen Fortschritte einige Steine in den Weg legen zu können. Die Entwicklung der letzten fünf Jahre ist spurlos an ihnen vorübergegangen, und doch wollen sie Volksvertreter sein! Ohne die preussische Politik in jeder ihrer Maßnahmen in Schutz nehmen zu wollen, sehen wir dagegen dieses Preußen, das von jeher eine Großmacht war, den ganz entgegengegesetzten Weg einschlagen. Es einigt sich einstweilen mit dem Nordbunde, es soll, wie wir aus zuverlässigstem Munde vernommen haben, ein norddeutsches Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten geben, der preussische Particularismus, ein historisch gewaltiger, weicht vor dem Zusammenwirken Norddeutschlands, die Vereinigten Staaten Amerikas begreifen den norddeutschen Bund; ein großbritannischer Staatsmann hat die Unvermeidlichkeit der Einigung Deutschlands verkündet. Die preussische Sprödigkeit und Sturheit, unschätzbare Eigenschaften für die feste Sicherung einer großen Schöpfung, beginnen sich in Annäherung an andere deutsche Stämme zu mildern und diese für sich zu gewinnen. Nirgendwo eine kleinliche, engherzige Absperrung; nirgendwo das undeutsche Bestreben, die noch nicht eingefügten süddeutschen Glieder des deutschen Körpers mit rohen und bössartigen Schmähungen aller Art zu überhäufen und sie vor dem Auslande dem Gespötte der Witzkünstigen preiszugeben! — Wie können sich die Leute in Stuttgart und München einbilden, daß sie mit ihren particularistischen oder gar ultramontanen Verdächtigungen das schönste und edelste Werk einer deutschen Einigung hintertreiben könnten? Wann auch ernste That allein die bedeutenden

Schöpfungen erzeugt, so bedarf es doch auch der poetischen Beigabe der Volksbegeisterung. Und wer wird sich denn für die Depositionen, oder die Föderativ-Republik, oder für ein Concordats-Regiment oder gar für eine Napoleonische Schutzherrschaft begeistern? Seid einig! ist der Ruf, der an uns ergangen ist. Die preussische Volksvertretung fühlt schon in sich den Drang, den größten Theil ihrer Befugnisse einem deutschen Reichstage zu übergeben; sie hat schon auf einen großen Theil ihres Budgetrechts verzichtet, und da drüben, in Stuttgart oder München, will man sich auf Selbstständigkeit steifen? Oder will man gegen ein deutsches, freigewähltes Parlament, welches Preußen schon zur Zeit des todtgeborenen Fürstentages verkündet hatte, die Hilfe des französischen, des österreichischen Auslandes herbeirufen? Nein! Es kommt nicht dahin. Die Geschichte weist scheinbare Rückschritte auf; im großen Ganzen jedoch ist der Fortschritt unvermeidlich, und für Preußen wie Deutschland heißt es: „Vorwärts zur brüderlichen Einigung und freien Selbstständigkeit!“

Aus Paris wird ein Ministerwechsel gemeldet. Die bisherigen Minister des Auswärtigen und des Innern sind zurückgetreten; wir glauben aber nicht, daß die auswärtige und die innere Politik Frankreichs dadurch eine andere werden wird. —

Personen, welche in Compiègne gewesen, lassen den Kaiser Napoleon in ihren Berichten als vollständig gebrochen, mürrisch und für Geschäfte unzugänglich erscheinen und stellen den Einfluß der Kaiserin als einen immer im Wachsen begriffenen hin; wenn nicht die Hofen, so trüge Eugenie jedenfalls das Scepter, meinen sie. Wie man erzählt, soll der Kaiser seinen alten Freund Vaitz nach Compiègne haben kommen lassen, um seine Ansicht über die Lage der Dinge in Frankreich zu hören. Kaum sei jedoch das Gespräch im Gange gewesen, als die wahrscheinlich avertirte Kaiserin demselben durch geflistliche Unterhaltung mit ihrem Gatten ein rasches Ende gemacht habe, was indeß, wie man wissen will, nicht so schnell gezückt sei, daß nicht Vaitz Gelegenheit gehabt, dem Kaiser zu sagen: „Das Unglück der gegenwärtigen Situation liegt darin, daß die Kaiserin sich in Alles mischt.“ —

Weder der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland, noch die Vorbereitungen, welche die Gesandten beider Mächte zu ihrer Abreise aus Athen und Constantinopel treffen, haben die Zuversicht auf Erhaltung des Friedens vermindern können. Die Großmächte sind übereingekommen, nach dem Ablauf der in der türkischen Sommation festgesetzten Frist den Ausbruch von Feindseligkeiten zwischen der Türkei und Griechenland zu verhindern, und daß sowohl Preußen wie Oesterreich und die Westmächte die Forderungen der Türkei in Athen unterstützen.

Sociales und Provinzielles.

Danzig, den 19. December.

— Es wird von allen in Festungsgürteln eingezogenen preussischen Kommunen ein gegen die Härte der Rationbestimmungen gemeinsam zu unternehmender Schritt vorbereitet.

— Die Königl. Regierung macht im Amtsblatte bekannt, daß die Königl. Magazin-Verwaltungen Danzig, Marienburg, Elbing und Pr. Stargardt den Fouragebedarf für durchmarschirende Truppen im Jahre 1869 in dem Falle liefern, wenn er von den bequartirten Kommunen nicht aus eigenen Vorräthen hergegeben werden kann und die Kommunen den Bedarf aus den Königl. Magazinen abholen.

— Herr Stadt- und Kreis-Richter-Rath Hahn ist zum Präsidenten der am 18. Januar l. J. beginnenden Schwurgerichts-Periode ernannt.

— Der bisherige Buchhalter bei der hiesigen Kgl. Regierung Hr. Volkmann ist zum Kassirer ernannt worden.

— Das Königl. Polizei-Präsidium macht bekannt, daß während des am 21. d. beginnenden Weihnachtsmarktes Getreide, Heu, Stroh, Dünger, Koll- und andere Lastwagen weder beladen noch leer den Langenmarkt und die Langgasse passiren dürfen.

— Die Buden zum Weihnachtsmarkte sind schon heute auf dem Langenmarkte aufgeschlagen, weil der morgige Sonntag, als der Tag vor Eröffnung des Marktes, dazu unpassend erschienen ist. Das Wetter verspricht für die Verkäufer nicht eben segensreich werden zu wollen, umso mehr als die aufgeweichten Wege den Marktbesuch der ländlichen Bevölkerung sehr erschweren.

— In den ersten Tagen nächster Woche findet im Schützenhause die Weihnachts-Bescherung des „Pius-Vereins“ statt, an welcher viele hundert arme katholische Schüler theilnehmen werden, auch die armen

Kinder der freireligiösen Gemeinde und die Pflinglinge der Kleinkinder-Bewahr-Anstalten erhalten in nächster Woche ihre Bescherung im Artushofe; auch in Schilditz u. Neufahrwasser finden Bescherungen statt.

— Als eine sehr passende Weihnachtsgabe empfehlen wir ein Heftchen Poetien, welches Herr Herman Böhne unter dem Titel: „Bilder aus Danzig's Vorzeit“ herausgegeben hat. In recht schwungvollen Versen führt uns der Dichter von der Gründung der Stadt durch Krieg und Frieden bis zur französischen Herrschaft in Danzig. Es dürfte hauptsächlich für jeden Bewohner unserer Stadt von Interesse sein, längst entschwundene Zeiten und die Geschichte unserer Vorfahren in der Erinnerung zu recapituliren.

— Nach dem Statut der Schröder'schen Stiftung erhalten jährlich 23 hilfsbedürftige, auf der Niederstadt wohnende Familien mit wenigstens drei Kindern eine Weihnachtsgabe von je 25 Thln. Für die diesjährige Weihnachtbescherung haben sich bereits über 60 Bewerber gemeldet.

— Unsere neue Mottlau ist plötzlich fischreich geworden, doch nicht nach dem Gesetzen der Natur, sondern durch ein böses Geschick, das einem Händler am Fischmarkt gestern arg mitgespielt hat. Der Gehilfe desselben, im Begriffe, aus dem an der Seite des Rahas im Wasser hängenden großen Neze ein Gericht Fische „aufzusetzen“, muß wohl erkarrte Hände gehabt haben, denn es gleitete ihm der Bügel des Netzes aus den Händen, das Netz senkte sich offen in's Wasser und im Nu war der reiche Inhalt an Hechten, Barschen, Plögen und wie die Fische alle heißen, aus dem Neze verschwunden. Der Fischer taxirt seinen Schaden auf ca. 25 Thlr.

— Gestern wurde auf dem Holzmarkt ein Knabe überfahren und dabei so bedeutend verletzt, daß seine Aufnahme in's Lazareth erfolgen mußte.

— Die Unerschlichkeit der Diensthofen ist leider an der Tagesordnung, und vornämlich haben die Waarenhändler darunter zu leiden. So hat neuerdings der Hausknecht des Kaufmanns Tezlaß verschiedene Waaren, die bei ihm auch vorgefunden sind, entwendet und ist deshalb verhaftet.

— [Weichsel-Trajekt.] Terespol - Culm per Rahn nur bei Tage; Warlubien - Graudenz per Rahn nur bei Tage; Czerminsk-Marienwerder unterbrochen.

— Dem früheren Schützen, jetzigen Rentier, Jacob Wiens zu Schbasse, im Kreise Marienburg, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Dem Berichte der „Reuezeitung“ gegenüber, daß mit nächstem die Vorarbeiten zu der auf Staatskosten herzustellenden Bahn von Insterburg über Darkehmen und Goldap nach Dießko in Angriff genommen werden sollen, erklärt der gestrige Staats-Anzeiger: daß zwar die Uebernahme der Vorarbeiten sowie die Gewährung einer Staats-Hilfe von 20,000 Thln. pro Meile vom Minister in Aussicht gestellt worden, es sich indeß vorerst nur um eine s. g. secundaire Bahn für lokale Bedürfnisse handle, welche bei Lyk in die Südbahn münden werde, und daß die Baukosten von den betr. Kreisen aufgebracht werden müßten.

— Am 12. April 1869 beginnen beim Königl. Consistorium in Königsberg die Prüfungen der Candidaten der Theologie pro ministerio. Anmeldungen dazu müssen bis zum 9. Januar l. J. gemacht werden.

Stadt-Theater.

Zum Benefiz des Hrn. v. Ernest kam gestern Goethe's „Göz von Berlichingen“ zur Aufführung. Wir leben in einer Zeit, in der das Werk, welches zu Berlichingens Zeiten auseinanderfiel, wieder aufgenommen ist. Damals wurde das deutsche Reich durch das Streben der Fürsten nach der Souveränität in ihren Ländern auseinandergerissen und zerstückelt — jetzt strebt Deutschland wieder aus dieser Zerstückelung herauszukommen. Der Kampf, den Göz sein Leben lang führt, ist nur der Kampf des reichsunmittelbaren Ritters gegen die Uebermacht der Territorialherren, gegen die Auflösung des deutschen Reiches. Das vorliegende Drama zeigt uns ein Stück vaterländischer Geschichte und trägt das Gepräge eines ganzen Jahrhunderts an der Stirn. Allerdings neigt es in seiner Composition sehr zur epischen Breite, wie es denn auch mehr lyrischen Vorrath hat, als einem Drama gut ist, aber die handelnden Charaktere des Stückes sind dramatisch durch und durch, und in der Diction erkennen wir den großen Meister, der aus der Unmittelbarkeit des Gemüths und Gefühls heraus mit schöpferischer Kraft die Sprache beherzigt und sie seiner Idee dienstbar macht. Die Titelrolle hatte in Hrn. v. Ernest eine würdige Repräsentation gefunden. Sein Spiel war von Goethe's schöpferischem Geiste belebt, und es war ihm gelungen, bis zum Kern der Wahrheit und Natur durchzudringen. Auch die äußere Erscheinung des Hrn. v. Ernest war so natürlich, daß sie schwerlich übertroffen werden kann; sie erdicht ihr richtiges Ansehen aber erst durch die pulsirende Kraft der Innerlichkeit, des Geistes, und Herr v. Ernest ist ein Mann von Geist. — Frau Böckl staltete des Ritters eheliche Hausfrau mit dem

